1/2010: Niederschrift

3. Sitzung der Verbandsversammlung des Zeckverbandes Rheinische Entsorgungs-Kooperation (REK) am 25. Februar 2010

in 53721 Siegburg, Kaiser-Wilhelm-Platz 1,
im Sitzungsraum ‚Sieg' der Kreisverwaltung des Rhein-Sieg-Kreises
Sitzungsdauer: 15:05 Uhr bis 15:55 Uhr

Von den Mitgliedern der Verbandsversammlung sind anwesend:

Bundesstadt Bonn:

1. Rüdiger Wagner	Umweltdezernent der Bundesstadt Bonn / 1. Stellvertreter des Oberbürgermeisters
2. Wolfgang Maiwaldt	
3. Reinhard Limbach	
4. Johannes Klemmer	
5. Wolfgang Hürter	Stellvertreter des Vorsitzenden der Verbandsversammlung gem. Neuwahl
6. Bodo Buhse	
7. Brigitta Poppe	
8. Dr. Beate Bänsch-Baltruschat	
9. Prof. Dr. Wilfried Löbach	
10. Hannelore Tölke	

Rhein-Sieg-Kreis:

1. Christoph Schwarz	Umweltdezernent des Rhein-Sieg-Kreises / 1. Stellvertreter des Verbandsvorsitzenden / 1. Stellvertreter der Kreisdirektorin
2. Dieter Müller	Vorsitzender der Verbandsversammlung gem. Neuwahl
3. Emil Eyermann	
4. Sebastian Schuster	
5. Alfons Weißenfels	
6. Gerhard Diekmann	
7. Jürgen Schulz	
8. Alexander Hildebrandt	
9. Uwe Groeneveld	
10. Claudia Owczarczak	*fehlt entschuldigt!*

Weitere Teilnehmer:

Frithjof Kühn	Landrat des Rhein-Sieg-Kreises; Verbandsvorsteher des Zweckverbandes REK
Helmut Joisten	pers. Stellvertreter / Vorsitzender der Verbandsversammlung bis zur Neuwahl (bis 15:30 Uhr)
Hans Jürgen Weber	Bundesstadt Bonn; Geschäftsführer des Zweckverbandes REK
Richard Münz	Bundesstadt Bonn; stellvertretender Geschäftsführer des Zweckverbandes REK
Svenja Udelhoven	Rhein-Sieg-Kreis; Mitglied des Strukturbeirates
Bernd Nottbeck	Stadtwerke Bonn; Mitglied des Strukturbeirates
Klaus Besier	Bundestadt Bonn; Mitglied des Strukturbeirates
Ludgera Decking	RSAG; Mitglied des Strukturbeirates
Michael Dahm	RSAG; Mitglied des Strukturbeirates
Dirk Riedel	RSAG
Ute Kersten	RSAG
Kathrin Kretschmer	RSAG
Joachim Schölzel	RSAG
Renate Bußar	RSAG; Protokollführerin des Zweckverbandes REK

Behandelte Tagesordnungspunkte		**Beschl.-Nr. / Ergebnis**
A.	**Öffentlicher Teil**	
1.	Formale Eröffnung durch den Vorsitzenden der Verbandsversammlung a) Eröffnung der Sitzung b) Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung c) Feststellung der Beschlussfähigkeit d) Genehmigung der Niederschrift der 2. Sitzung der Verbandsversammlung am 28.10.2009	keine Einwände
2. 2.1 2.2	Wahl des Vorsitzenden der Verbandsversammlung und seines Stellvertreters Wahl des Vorsitzenden der Verbandsversammlung Wahl des Stellvertreters des Vorsitzenden der Verbandsversammlung	 29 / einstimmig 30 / einstimmig
3.	Änderung der Verbandssatzung; <u>hier:</u> 2. Änderungssatzung zur Verbandssatzung des Zweckverbandes Rheinische Entsorgungs-Kooperation –REK – vom 19. Dezember 2008	31 / einstimmig
4.	Beschluss der Haushaltssatzung 2010	32 / einstimmig
5.	Aktueller Sachstand in Sachen Landesabfallwirtschaftsplan (LAP)	33 / einstimmig

Behandelte Tagesordnungspunkte		**Beschl.-Nr. / Ergebnis**
6.	Mitteilungen und Anfragen:	
6.1	Sachstand PPK-Entsorgung	Kenntnisnahme
6.2	Quartalsbericht IV/2009	Kenntnisnahme
6.3	Aktuelles	
6.3.1	Regionalbeirat; Sachstandsbericht	Kenntnisnahme
6.3.2	EuGH-Urteil vom 21.01.2010 ‚Öffentliche Dienstleistungsaufträge - Dienstleistungen der Entsorgung von Bio- und Grünabfall – Vergabe ohne offene Verfahren zur Vergabe öffentlicher Aufträge'; Sachstandsbericht	34 / einstimmig
6.3.3	Zukünftige Terminierung der Sitzungen von Verbandsversammlungen	Kenntnisnahme

A. Öffentlicher Teil

1. Formale Eröffnung durch den Vorsitzenden der Verbandsversammlung

a + b) Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung

Der Vorsitzende der Verbandsversammlung Helmut Joisten begrüßt die Anwesenden und stellt die frist- und formgerecht erfolgte Einladung fest.

Herr Joisten weist darauf hin, dass in dieser Sitzung der neue Vorsitzende der Verbandsversammlung gewählt wird. Er bedankt sich für die gute Zusammenarbeit in den letzten 1 ½ Jahren von der Gründung dieses Zweckverbandes bis zur heutigen Sitzung.

Die Tagesordnung wird in der vorgelegten Form genehmigt.

c) Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Beschlussfähigkeit der Verbandsversammlung wird vom Vorsitzenden der Verbandsversammlung festgestellt.

d) Genehmigung der Niederschrift der 2. Sitzung der Verbandsversammlung am 28.10.2009

Gegen die Niederschrift über die 2. Sitzung der Verbandsversammlung am 28.10.2009 werden keine Einwände erhoben.

Herr Joisten erläutert vor Eintritt in die reguläre Tagesordnung das geltende zweistufige Abstimmungsverfahren.

2. Wahl des Vorsitzenden der Verbandsversammlung und seines Stellvertreters

2.1 Wahl des Vorsitzenden der Verbandsversammlung

Herr Joisten bittet um Vorschläge.

Im Namen der Vertreter der Bundesstadt Bonn schlägt Herr Wolfgang Maiwaldt Herrn Dieter Müller aus dem Rhein-Sieg-Kreis für dieses Amt vor.

Auf Wunsch stellt sich Herr Dieter Müller persönlich vor. Er teilt mit, dass er als Bornheimer Bürger dem Kreistag seit nunmehr 30 Jahren angehöre und als langjähriges Aufsichtsratsmitglied der RSAG die ‚Abfallwirtschaft im Rhein-Sieg-Kreis' aktiv mitgestaltet habe.

Weitere Vorschläge werden nicht unterbreitet; ein Antrag auf die Durchführung einer geheimen Abstimmung wird nicht gestellt.

Die Verbandsversammlung wählt Herrn Dieter Müller zum Vorsitzenden der Verbandsversammlung.

Abstimmung:	**Bundesstadt Bonn:**	**einstimmig**
	Rhein-Sieg-Kreis:	**einstimmig**
Abstimmungsergebnis: einstimmig / Beschl.-Nr. 29		

Herr Dieter Müller nimmt die Wahl an.

Anschließend übernimmt er den Vorsitz und bedankt sich für das durch diese Wahl ausgesprochene Vertrauen.

2.2 Wahl des Stellvertreters des Vorsitzenden der Verbandsversammlung

Im Namen der Vertreter des Rhein-Sieg-Kreises schlägt der bisherige Stellvertreter des Vorsitzenden der Verbandsversammlung Gerhard Diekmann Herrn Wolfgang Hürter aus dem Kreis der Bonner Vertreter für dieses Amt vor.

Die Verbandsversammlung wählt Herrn Wolfgang Hürter zum Stellvertreter des Vorsitzenden der Verbandsversammlung.

Abstimmung:	**Rhein-Sieg-Kreis:**	**einstimmig**
	Bundesstadt Bonn:	**9 Stimmen ja / 1 Enthaltung**
Abstimmungsergebnis: einstimmig / Beschl.-Nr. 30		

Herr Hürter nimmt die Wahl an.

Herr Müller gratuliert Herrn Hürter zu dessen Wahl als Stellvertreter des Vorsitzenden der Verbandsversammlung und unterstreicht seinen Willen zu einer guten Zusammenarbeit.

3. 2. Änderung der Verbandssatzung

Herr Weber informiert, dass man einige redaktionellen Änderungen zur Vereinheitlichung der Begriffe ‚Verbandsmitglied' sowie ‚Vertreter in der Verbandsversammlung' vorgenommen habe. Im Wesentlichen habe man in dem vorgelegten Entwurf dieser 2. Änderungssatzung sämtliche Forderungen und Auflagen der Bezirksregierung umgesetzt, die diese seinerzeit im Rahmen der Genehmigung der Verbandssatzung erhoben habe; dies betreffe insbesondere das zweistufige Verfahren zur Stimmrechtsbildung in § 7 Abs. 1. Alle Satzungsänderungen seien im Vorfeld mit der Bezirksregierung abgestimmt worden, so dass er davon ausgehe, dass nunmehr ‚sämtliche Geburtsfehler' bereinigt seien und die Satzung rechtlich nicht mehr zu beanstanden sei.

Die Verbandsversammlung beschließt die zweite Änderung der Verbandssatzung, wie in der Anlage beigefügt, auf Grundlage von § 7 Abs. 4 a) der Verbandssatzung.

Abstimmung:	**Bundesstadt Bonn:**	**einstimmig**
	Rhein-Sieg-Kreis:	**einstimmig**
Abstimmungsergebnis: einstimmig / Beschl.-Nr. 31		

4. Beschluss der Haushaltssatzung 2010

Herr Weber verweist ergänzend auf die Ausführungen des vorgelegten Quartalsberichts IV/2009 unter 6.2.

Im Rahmen seiner Erläuterungen des Ergebnis- und Finanzplans hebt er hervor, dass der Zweckverband auf eine sehr stabile Haushaltssituation 2009 zurückblicken könne, die sich in 2010 fortsetze.

Für Mitte des Jahres kündigt er die Vorlage eines neuen Haushaltsplans an, der aufgrund der zum 1.7.2010 vorgesehenen Übertragung der PPK-Entsorgung auf den Zweckverband notwendig werde. Er sichert zu, dem Haushaltsplan zukünftig zusätzlich noch eine detaillierte Aufstellung über die Zusammensetzung der einzelnen Haushaltspositionen beizufügen.

Herr Weber erläutert den von Herrn Groeneveld angesprochenen Kostenanstieg für die Rechtsberatung des Verbandes. Die unter TOP 5 Landesabfallwirtschaftsplan veranschlagten Rechtsberatungskosten in Höhe von rd. 5.000 € für eine europarechtliche Überprüfung des neuen LAP seien jedoch noch nicht eingerechnet.

Herr Riedel weist darauf hin, dass man in der für Mitte des Jahres angekündigten neuen Haushaltssatzung die von Herrn Diekmann angesprochene Soll-/Ist-Differenz in den Mengenangaben für Sperrmüll und Sickerwasser bei größeren Abweichungen an den aktuellen Stand anpassen werde.

Die Verbandsversammlung beschließt die als Anhang beigefügte Haushaltssatzung.

Abstimmung:	**Bundesstadt Bonn:**	**einstimmig**
	Rhein-Sieg-Kreis:	**einstimmig**
Abstimmungsergebnis: einstimmig / Beschl.-Nr. 32		

5. Landesabfallwirtschaftsplan (LAP)

Beifügung: Tischvorlage ‚Thesenpapier des Rechtsanwaltes Christian von der Lühe', Endfassung

Herr Weber informiert, dass sich der Kreisausschuss in seiner Sitzung am 22.02.2010 ganz konkret dafür ausgesprochen habe, „gemeinsam mit weiteren Betroffenen eine Beschwerde an die Europäische Kommission wegen Verstoßes des LAP gegen europäisches Recht vorzubereiten". In seinen weiteren Ausführungen hebt er die Notwendigkeit eines gemeinsamen Vorgehens ausdrücklich hervor.

Herrn Maiwald beantragt, das in dem Positionspapier dargestellte weitere Vorgehen durch die Verbandsversammlung beschließen zu lassen.

Der Zweckverband beschließt, gemeinsam mit den anderen kommunalen Partnern, Herrn Rechtsanwalt von der Lühe, als Verfasser des ersten Gutachtens, den Prüfauftrag zu erteilen, den neuen LAP einer europarechtlichen Überprüfung zu unterwerfen. Das Prüfergebnis soll dann in der nächsten Verbandsversammlung vorgelegt werden. In dieser Sitzung wäre dann auf dieser Grundlage zu entscheiden, ob sich auch der ZVB REK an dieser Beschwerde vor der EU-Kommission beteiligt.

Abstimmung: Rhein-Sieg-Kreis: MB / 1 Gegenstimme
Bundesstadt Bonn: einstimmig

Abstimmungsergebnis: einstimmig / Beschl.-Nr. 33

6. Mitteilungen und Anfragen

6.1 PPK-Entsorgung

Herr Weber informiert, dass die Verträge zur PPK-Entsorgung in Bonn und im Rhein-Sieg-Kreis zum 30.6. d. J. auslaufen. Es sei beabsichtigt, diese Aufgabe zum 1.7.2010 auf den Zweckverband zu übertragen.

Behandlung in den Stadtrats- bzw. Kreisgremien:

Termin	Gremium
08.03.2010	Umweltausschuss des Rhein-Sieg-Kreises
15.03.2010	Kreisausschuss
19.03.2010	Kreistag
23.03.2010	Umweltausschuss der Bundesstadt Bonn
22.04.2010	Hauptausschuss der Bundesstadt Bonn
29.04.2010	Rat der Bundesstadt Bonn
10.05.2010*)	Verbandsversammlung REK

**) aktualisiert!*

Frau Decking stellt klar, dass es im Wesentlichen darum gehe, aus wirtschaftlichen Gründen selber in die Sortierung von Altpapier einzusteigen. Die Firma Econum habe zur PPK-Entsorgung eine Wirtschaftlichkeitsanalyse erarbeitet, die man in den politischen Gremien der Mitgliedskommunen vorstellen werde. Um die Belieferung mit dem benötigten Rohstoff ‚Altpapier' sicherzustellen, seien die Papierfabriken sehr daran interessiert, mit kommunalen Entsorgungsbetrieben langfristig

gesicherte Verträge abzuschließen. Durch den Abschluss eines vor rund rd. 1 ½ Jahren mit Remondis abgeschlossenen Vergleichs habe die RSAG die Möglichkeit erhalten, die Papiersortieranlage neben der MVA in Bonn zu pachten. Man sei gewillt, von dieser Option Gebrauch zu machen und den Vorteil zu nutzen, in einer gepachteten Anlage Erfahrungen zu sammeln. Falls sich dieses Geschäftsfeld für die RSAG und damit den Zweckverband jedoch als nicht rentabel erweise, habe der Zweckverband die Möglichkeit, die Papierentsorgung mit durch Bündelung größeren Mengen dann auszuschreiben.

Herr Diekmann erkundigt sich, ob bei langfristigen Verträgen eine Preisgleitklausel vereinbart werde.

Frau Decking zeigt auf, dass eine Preisanpassung wohl unumgänglich sein werde und man je nach Marktlage mit schwankenden Erlösen leben müsse. Natürlich gebe es die Möglichkeit einen Festpreis über einen längeren Zeitraum zu vereinbaren; aufgrund der schlechten Konjunktur seien die Papierfabriken zurzeit allerdings nicht gewillt, sich an langfristige Verträge zu binden. In der Wirtschaftlichkeitsanalyse werde diese Frage ausführlich behandelt.

Der mündliche Sachstandsbericht hinsichtlich der Vorgehensweise zur Übertragung der PPK-Entsorgung auf den Zweckverband wird zur Kenntnis genommen.

6.2 Quartalsbericht IV/2009

Die gewählte Form zur Darstellung der aktuellen Entwicklung findet allgemeine Zustimmung.

Der vorgelegte Quartalsbericht IV/2009 wird zur Kenntnis genommen.

6.3 Aktuelles

6.3.1 Regionalbeirat; Sachstandsbericht

Herr Weber weist darauf hin, dass die Verbandsversammlung in der letzten Sitzung beschlossen habe, den Landkreisen Neuwied, Ahrweiler und Euskirchen eine Mitwirkung im Regionalbeirat anzubieten. Herr Hallerbach, Umweltdezernent des Landkreises Neuwied, habe hierzu zwischenzeitlich die Zustimmung im Kreisumweltausschuss eingeholt und werde auf jeden Fall mitwirken. Auch der Vertreter des Kreises Ahrweiler, Herr Hurtenbach, sei sehr interessiert, wolle sich jedoch ebenfalls ‚politische Rückendeckung' holen; die Beratungen in Ahrweiler seien

noch nicht abgeschlossen*). Euskirchen habe sich noch nicht gemeldet, werde aber dennoch zur 1. Sitzung im April eingeladen. Völlig überrascht habe ihn die Anfrage der AVEA aus Leverkusen, die offiziell darum gebeten habe, im Regionalbeirat mitwirken zu können. AVEA sei in die Vorbereitungen der Zweckverbandsgründung immer eingebunden gewesen, habe sich dann aber aufgrund rechtlicher Risiken zurückgezogen. Die damalige Problematik sei jedoch zwischenzeitlich bereinigt worden. Frau Decking führe Anfang März Gespräche mit AVEA, und werde hierbei die Bedingungen einer Mitwirkung im Zweckverband nochmals klar aufzeigen. Er befürworte eine Einbindung und schlage aus diesem Grunde vor, AVEA zu der Auftaktsitzung des Regionalbeirats im April einzuladen, wenn in der Verbandsversammlung hiergegen keine Bedenken erhoben werden.

**) Anmerkung: Ahrweiler hat die Bereitschaft zur Mitwirkung inzwischen ebenfalls offiziell bestätigt.*

Die Verbandsversammlung nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis und stimmt dem dargelegten Vorgehen zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig / Beschl.-Nr. 34

6.3.2 EuGH-Urteil vom 21.01.2010 ‚Öffentliche Dienstleistungsaufträge - Dienstleistungen der Entsorgung von Bio- und Grünabfall – Vergabe ohne offene Verfahren zur Vergabe öffentlicher Aufträge'; Sachstandsbericht

H. Weber erläutert den aktuellen Sachstand zum EuGH-Urteil vom 21.01.2010. Er verdeutlicht, dass dies in erster Linie deshalb notwendig sei, da das EuGH-Urteil wegen der rechtlichen Verknüpfungen der jeweiligen Verträge auch Auswirkungen auf den Rhein-Sieg-Kreis haben könnte, und hier möglicherweise für Unruhe sorge. Von Bonner Seite habe man zwischenzeitlich Gespräche mit den Landes- und Bundeswirtschaftsministerien geführt, um die weitere Vorgehensweise abzustimmen. Man habe dem derzeitigen Vertragspartner ein aus Sicht aller Beteiligten durchaus komfortables Angebot unterbreitet, um das Verfahren mittels Ausschreibung der Bio-/Grünabfälle beenden zu können. Dies wurde von dort jedoch nicht akzeptiert. Stattdessen wurden zusätzliche Geldforderungen geltend gemacht. Bonn wiederum musste diese Forderungen ablehnen, weil sie zu erheblichen Gebührensteigerungen beigetragen hätten, und überdies auch gegen geltendes Beihilferecht auf EU-Ebene verstoßen hätten.

Zwischenzeitlich habe der neue Bonner Oberbürgermeister den Vorstand des Unternehmens angeschrieben mit der Aufforderung, von zusätzlichen Forderungen Abstand zu nehmen, und mit einer für beide Seiten akzeptablen Vereinbarung zur Lösung des Problems beizutragen. Die Signale des Unternehmens seien positiv, allerdings lägen noch keine konkreten Vorschläge vor. Sobald hier konkrete Angebote vorliegen, werden diese geprüft. Der ggf. dann erzielte Einigungsvorschlag werde dann über die Ministerien der EU-Kommission zugeleitet mit dem Ziel der dortigen Zustimmung. Dieses Vorgehen sei mit den Ministerien abgestimmt. Erst nach Zustimmung der EU-Kommission werde man diesen Einigungsvorschlag den politischen Gremien in Bonn zur Beratung und Entscheidung vorlegen.

Die Vertreter der Verbandsversammlung nehmen diese Ausführungen zur Kenntnis.

6.3.3 Zukünftige Terminierung der Sitzungen von Verbandsversammlungen

Herr Müller greift den von der Verbandsversammlung geäußerten Wunsch nach einer Verschiebung des Sitzungsbeginns auf und unterbreitet im Hinblick auf mögliche Anschlusstermine in den Kommunen den Vorschlag, die Sitzungen der Verbandsversammlung zukünftig für 17:00 Uhr einzuberufen. Die Vorbesprechungen sollten dann um 16:30 Uhr beginnen.

Dem Vorschlag des Herrn Müller wird zugestimmt.

gez. Helmut Joisten ehemaliger Vorsitzender der Verbandsversammlung (TOP 1-2.1)	**gez. Dieter Müller** Vorsitzender der Verbandsversammlung (ab TOP 2.2)	**gez. Renate Bußar** Protokollführerin